



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 0 - V - 5 3 - 0 0 0 1
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Teilnahme des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpDi) an einem Forschungsprojekt

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige: PR, Schwerbe.-Ver.	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/

Dr. Franz

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 7.351.767,67 €
 in %: 16,0 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Teilnahme von Dezernat II/53 - Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi) an einem Forschungsprojekt zur Interaktion psychisch kranker Menschen und deren Sozialarbeiter. Das Kooperationsprojekt der Hochschule RheinMain und der Katholischen Fachhochschule Mainz erstreckt sich auf einen Untersuchungszeitraum von vier Jahren (1. August 2019 - 31. Juli 2023). Es startete im August 2019. Mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung beginnt die Teilnahme des SpDi am Forschungsprojekt.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. die Hochschule RheinMain Wiesbaden und die Katholische Fachhochschule Mainz ein gemeinsames Forschungsprojekt zur Erforschung der Interaktion zwischen Menschen, die als chronisch psychisch erkrankt gelten und Fachkräften der Sozialen Arbeit initiiert haben, an welchem der SpDi gerne teilnehmen möchte. Der geplante Forschungszeitraum erstreckt sich über vier Jahre.
 - 1.2. das Forschungsprojekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird. Für die Teilnahme an dem Forschungsprojekt entstehen für die Landeshauptstadt Wiesbaden keinerlei Kosten. Das BMBF unterstützt im Rahmen des Programms „Forschung an Fachhochschulen“ mit der Förderrichtlinie zur Verbesserung der Lebensqualität in Stadt und Land durch soziale Innovationen (FH-Sozial) interdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungsprojekte an Fachhochschulen, deren Schwerpunkt in den angewandten Sozialwissenschaften, der Sozialen Arbeit und den Gesundheits- oder Pflegewissenschaften angesiedelt ist.
2. Der Teilnahme von Dezernat II/53 - Sozialpsychiatrischer Dienst an dem Kooperationsprojekt wird zugestimmt und der SpDi dazu ermächtigt, die dafür notwendigen Vorbereitungen zu treffen und Vereinbarungen zu schließen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der vom BMBF ausgegebenen Förderrichtlinie zur Verbesserung der Lebensqualität in Stadt und Land durch soziale Innovationen (FH-Sozial). Diese Förderrichtlinie orientiert sich an dem in der Hightech-Strategie der Bundesregierung formulierten „Leitbild eines innovativen Deutschlands“. Die Förderung soll die Fortentwicklung einer Gesellschaft unterstützen, die Neuem gegenüber aufgeschlossen ist, die sich für Zukunftstechnologien und Innovationen begeistert, den Menschen in den Mittelpunkt stellt und in deren Innovationskultur die verantwortliche Abschätzung gesellschaftlicher Chancen und Risiken fest integriert ist.

Auszug aus der Förderrichtlinie (<http://www.forschung-fachhochschulen.de/bekanntmachungen/fh-sozial>):

„Deutschland ist geprägt von unterschiedlichen und vielfältigen Siedlungskulturen, großstädtischen und ländlichen Regionen. Die Lebensqualität von Menschen in Städten, am Stadtrand oder auf dem Land wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst, die sich in Bezug auf die Region oder die betroffene Zielgruppe stark unterscheiden können. Akute Herausforderungen in Metropolen liegen bei zunehmenden Belastungen der Menschen und der Umwelt, etwa durch Lärm und hohes Verkehrsaufkommen. Das Gefüge in Stadtquartieren verändert sich, z. B. im Zuge der Gentrifizierung. ...

Ziel der Förderrichtlinie ist es, durch Entwicklung und Implementierung sozialer Innovationen die Lebenssituation von Menschen in sozialen Problemlagen sowohl in Städten als auch in ländlichen, strukturschwachen Regionen zu verbessern. Die Chancen auf soziale Teilhabe und ein gesundes und erfülltes Leben sollen erhöht und soziale Disparitäten reduziert werden. Insbesondere soll im Rahmen der neuen Hightech-Strategie „Innovationen für Deutschland“ der Bundesregierung erforscht werden, in welcher Weise digitale Technologien unterstützend eingesetzt werden können, um diese Aufgaben erfolgreich zu bearbeiten. Die Förderrichtlinie berücksichtigt auch den Schwerpunkt „Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen schaffen“ der in der Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung dargelegt wird.

...

Gefördert werden fachübergreifende Forschungsprojekte an FH, in denen unterschiedliche Disziplinen von den Sozialwissenschaften, der Sozialen Arbeit, den Gesundheits- und Pflegewissenschaften über z. B. Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, der Informatik bis hin zu Kommunikationswissenschaften kooperieren. Zur Sicherung des Transfers in die praktische Anwendung ist die Einbindung von Kooperationspartnern aus der Praxis wie beispielsweise Städte und Kommunen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder Pflegeeinrichtungen, Sozialverbände, Selbsthilfegruppen etc. in alle Phasen des Projekts eine zentrale Voraussetzung für die Förderung. Ebenso ist die Einbindung der Zielgruppen in die Arbeiten sicherzustellen.“

Erkenntnisinteresse

- Wie können emotionale Abstimmungsprozesse zwischen den Fachkräften des SpDi in der (gemeinde-)psychiatrischen Praxis und den Nutzenden dieser Angebote, die als chronisch krank diagnostiziert wurden, verbessert werden?
- Durch welche Methoden können Recovery-förderliche (Methoden zur Stärkung der vorhandenen Ressourcen der Erkrankten) Arbeitsbündnisse kultiviert werden.

Über den Einsatz bei den Praxispartnern, die in das Forschungsprojekt eingeschlossen sind, hinaus, sollen die im Forschungsprozess entwickelten Instrumente für Studium und Weiterbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit fruchtbar gemacht werden.

Weitere Teilnehmer an dem Projekt sind ein Gemeindepsychiatrisches Zentrum und eine Werkstatt für psychisch kranke Menschen in Mainz, die beide der Gesellschaft für psychosoziale

Einrichtungen gGmbH (gpe) angehören, das „Haus am Landwehrweg“ der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH (gps) in Mainz sowie eine gemeindepsychiatrische Tagesstätte des Landeskrankenhauses Rheinhausen Fachklinik Alzey, Standort Bad Kreuznach.

Methodik

Erforscht werden Interaktionsprozesse zwischen psychisch beeinträchtigten Menschen und Fachkräften der Sozialen Arbeit. Die Beratungsgespräche der Fachkräfte des SpDi werden von einer Forscherin der Hochschule RheinMain teilnehmend beobachtet. Die Beobachtungen werden handschriftlich dokumentiert und im Anschluss im Forschungsteam ausgewertet. Die vom SpDi beratenen Hilfesuchenden nehmen freiwillig an dem Forschungsprojekt teil und müssen zustimmen.

Sowohl die an dem Forschungsprojekt teilnehmenden Fachkräfte und Klienten des SpDi sind in der Auswertung nicht mehr individuell erkennbar. Im Idealfall folgt jeder Gesprächsbeobachtung bei entsprechender Einwilligung eine zeitnahe und zugleich gemeinsame Nachbesprechung mit beiden Beteiligten, bei der das individuelle Erleben zum Miteinander im Fokus steht. Auch bringt das Forschungsteam erste Analyseergebnisse ein (Rückkopplung).

In einer zweiten Phase des Projektes sind zudem Filmaufnahmen von Interaktionen in Weiterentwicklung der Marte-Meo-Methode geplant, die bei einer entsprechenden Einwilligung nur zur Rückkopplung fungieren und dann gelöscht werden. Ob diese in den Settings des SpDis angewendet werden kann, ist noch offen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 25. Februar 2019

Dr. Franz
Bürgermeister